

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
finden in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Kuhhandel in letzter Stunde.

Um deutschnationale Ministerpöfchen. — Der Reichstag bis 1/23 Uhr vertagt!

Gegen Mittag stand die Situation im Reichstag folgendermaßen: Die Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und der Volkspartei waren so gut wie abgeschlossen und hätten zu einem positiven Ergebnis geführt. Die Volkspartei hatte versprochen, daß sie alles aufbieten werde, um in kürzester Frist sowohl im Reich als auch in Preußen den Bürgerblock zustande zu bringen und den Deutschnationalen zahlreiche Ministerposten einzuräumen. Wenn die „Deutsche Zeitung“ von heute morgen als Kaufpreis für die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Dames-Befehlen vier Reichsministerposten, darunter den Reichskanzlerposten selbst nennt, so ist diese Summe nicht zu hoch gegriffen. Die Deutschnationalen verpflichteten sich, dem Zustandekommen der Dames-Gesetze keine Schwierigkeiten mehr zu bereiten, wobei die Frage noch offen bleibt, ob das gewünschte Ziel durch Zustimmung zu den Gesetzen oder durch die nötige Zahl von Abkommandierungen erreicht werden soll.

Nach Abschluß dieses Handels kamen den Deutschnationalen jedoch wieder Sorgen darüber, ob das Geschäft richtig sei und ob sie nicht am Ende zum Schluß doch die Betroffenen sein würden. Die Deutschnationalen hoben bekanntlich mit der Volkspartei zusammen selbst in diesem Reichstage noch lange nicht die Mehrheit. Ohne das Hinzutreten zum mindesten des Zentrums, wenn nicht auch der Demokraten, ist der Bürgerblock nicht zu schaffen. Von solchen Zweifeln gepöfcht, trat Herr Hergt an den Reichskanzler Marx heran, um ihm zu erklären, daß die Deutschnationalen bereit seien, dem Zustandekommen der Gesetze keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, wenn die Reichsregierung die bestimmte Erklärung abgibt, daß sie spätestens bis Ende September demissionieren werde. Reichskanzler Marx konnte und wollte von sich aus eine solche Erklärung nicht abgeben, sondern verständigte den Vorstand der Zentrumspartei, der zurzeit, gegen 12 Uhr mittags, zu einer Beratung zusammentritt.

Die Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion dauerte nur wenige Minuten. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, war die Ablehnung der deutschnationalen Zumutung einmütig! Dies wurde nun bald den Deutschnationalen mitgeteilt, die zu neuen Beratungen zusammentraten.

Inzwischen sprach im Reichstagsaal in der Spezialdebatte dritter Lesung der Deutschnationaler Reichert bei völliger Abwesenheit seiner Fraktionskollegen, aber unter wohlwollender Assistenten der anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Höhnische Zurufe aus den Reihen der Linken, wie weit die Verhandlungen über den Verkauf der deutschnationalen Ueberzeugung gegen vier Ministerposten gebieten waren, wurden von den Volksparteilern mit entrüsteten Gegenrufen beantwortet. Man empfand das Verhalten der Sozialdemokraten als Geschäftsstörung, man sich energisch verbat.

Herr Reichert schloß damit, daß seine Freunde ihre endgültige Entscheidung von den weiteren Erklärungen der Regierung abhängig machen würden. „Aha!“ links und wiederum Entrüstungsrufe bei der Volkspartei. Gestern hat in der Generaldebatte dritter Lesung Herr Daaag laut „Kreuzzeitung“ mit aller Bestimmtheit die Ablehnung verkündet. Heute behält man in der Spezialberatung dritter Lesung sich alles vor.

Aber auch wirklich alles! Als Herr Reichert seine Umfallrede hält — bei dieser Gelegenheit wurde im Reichstag das neue Wort von den „Umfallentzern“ geprägt —, wußte er noch nicht, was hinter den Kulissen vorgegangen war. Er wußte nur, daß das Geschäft mit der Volkspartei richtig war. Er wußte nicht, daß der Rückversicherungsvertrag mit dem Zentrum inzwischen gescheitert war. Man kann also noch immer nicht wissen — es steht alles in Gottes Hand!

Nach Schluß der Spezialberatung, die anscheinend nur noch dem Zweck dient, Zeit für Verhandlungen zu schaffen — es war sogar von einer Vertagung bis auf Montag die Rede! —, soll eine 15-minütige Pause eingelegt werden, in der der Aeltestenrat sich darüber schlüssig werden soll, was geschehen soll, falls der Reichstag aufgelöst wird, und was, falls der Reichstag nicht aufgelöst wird. Nach der Pause soll dann endlich die Entscheidung in namentlicher Abstimmung fallen. Es wird Zeit!

„Streng vertraulich!“

Die Deutschnationalen haben heute bereits ihre dritte Fraktions Sitzung abgehalten. Sie haben jedesmal durch Anschlag am Sitzungszimmer besonders hervorgehoben, daß sie „streng vertraulich!“ sei. Das hat keine besondere Bedeutung, da ja ohnehin jede Fraktions Sitzung vertraulich ist.

Trotz des Anschlags verlaute es um die Mittagstunde, die Deutschnationalen hätten endgültig die Abstimmung freigegeben. Endgültig!

Präsident Wallraf eröffnete die heutige Sitzung des Reichstages mit starker Verspätung um 10 Uhr 45 Minuten.

Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Rah (Komm.) wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Die Mitteilung erregt Heiterkeit, da Rah stellvertretender Beisitzer des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist.

Die Diätenergänzungsvorlage, die den Reichstagsabgeordneten die Freifahrt bis nach den Neuwahlen sichert, wird in dritter Lesung angenommen.

Es folgt dann die Einzelberatung zur dritten Lesung der Gutachtengesetze. Die neun Vorlagen werden wieder in vier Gruppen eingeteilt. Vor Beginn der Beratung nimmt sofort das Wort

Reichskanzler Marx:

Zu den vorliegenden Gesetzentwürfen ist von verschiedenen Parteien eine Anzahl von Anträgen und Entschlüssen eingebracht worden. Zu den darin aufgeworfenen Fragen habe ich namens der Reichsregierung folgendes zu erklären:

Die Anträge beziehen sich in erster Linie auf das Schicksal der besetzten Gebiete. Die Reichsregierung kann sich die Grundgedanken, aus denen diese Anträge hervorgegangen sind, durchaus zu eigen machen. Sie hat es stets als das wichtigste Ziel ihrer internationalen Verhandlungen über das Sachverständigengutachten angesehen, mit der Uebernahme der darin festgelegten Verpflichtungen die Befreiung von Rhein und Ruhr herbeizuführen. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, wird die Reichsregierung das schwere Opfer, das dem deutschen Volke mit den Lasten des Gutachtens zugemutet wird, als vergeblich ansehen müssen. Die Reichsregierung glaubt nach dem Verlauf der Londoner Konferenz darauf vertrauen zu können, daß dieses Ziel schon vor dem Ablauf der in London vorgesehenen Maximalfrist mit einem Jahre erreicht werden wird. Jedenfalls wird sie alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß dies geschieht.

Die Annahme der Londoner Vereinbarungen wird ihr die Grundlage dafür geben, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß alle über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete schon erheblich vor dem Ablauf jener Maximalfrist geräumt werden, und daß in den alldeutschen Gebieten eine lokale und gerechte Handhabung des Rheinlandabkommens sichergestellt wird.

Solange dies nicht geschehen ist, ist die Befürchtung begründet, daß die normale Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Sachverständigengutachtens beeinträchtigt ist. Die Reichsregierung nimmt an, daß insbesondere auch die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über handelspolitische Fragen die Erreichung des Zieles der Befreiung von Ruhr und Rhein beschleunigen werden. Die von uns angestrebte Herbeiführung normaler Beziehungen zu Frankreich und Belgien, insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen beiden Nachbarländern erleichtert uns nicht in dem von uns gewünschten Maße durchführbar, solange nicht die Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes durchgeführt ist. Wir werden diesen Gesichtspunkt bei den handelspolitischen Verhandlungen für uns maßgebend sein lassen.

Die Reichsregierung kann sich demnach auch den von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Anträgen in ihren Grundgedanken anschließen. Sie kann ihnen indes in der vorgeschlagenen Form nicht zustimmen. Die Anträge sind in die Form einer Suspensionsbedingung für das Inkrafttreten der Londoner Vereinbarungen gekleidet. Würde diese Form beibehalten, so bestände die Gefahr, daß damit das Ergebnis der Londoner Konferenz zu Fall gebracht würde. Die Reichsregierung ist daher der Ansicht, daß der Grundgedanke der Anträge in anderer Weise verwirklicht werden muß und auch verwirklicht werden kann.

Weitere Anträge der Parteien beziehen sich auf die Möglichkeit, daß die Lasten des Sachverständigengutachtens die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigert. Ich möchte in dieser Hinsicht auf die durchaus zutreffenden Feststellungen des Antrags der Deutschen Volkspartei hinweisen, wonach sowohl der Versaillesvertrag als auch das Sachverständigengutachten und die Londoner Vereinbarungen der Reichsregierung ausreichende Mittel an die Hand geben, jeder Ueberschreitung der Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit entgegenzutreten. Die Reichsregierung wird, wenn tatsächlich eine solche Ueberschreitung droht, von diesem Mittel rechtzeitigen Gebrauch machen. Wie aber der Herr Reichsminister des Auswärtigen bereits gestern dargelegt hat, glaubt die Reichsregierung nicht, daß es zweckmäßig wäre, sich in dieser Beziehung von vornherein auf bestimmte Fristen festzulegen.

Ich möchte dann noch bemerken, daß die Reichsregierung die von hohen Hause in der zweiten Lesung angenommenen Anträge der Deutschen Volkspartei, wie sie jetzt in die Beschlüsse aufgenommen worden sind, durchaus billigt und glaubt, daß auch die Entschlüsse, die von der Deutschen Volkspartei vorgebracht worden sind, ihr eine Grundlage geben, die ihr wertvoll für die Durchführung der kommenden Verhandlungen ist. Ich darf also die Bitte aussprechen, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung auch in der dritten Lesung vom Hause angenommen werden. Schließlich liegt noch ein Antrag vor, der die Festlegung einer Endsumme für die deutschen Reparationsleistungen fordert. Das Sachverständigengutachten selbst weist in seinen Schlußsätzen darauf hin, daß seine Annahme die Grundlage für ein endgültiges und umfassendes Abkommen über alle Reparations- und verwandten

Fragen bilden würde. Die Reichsregierung wird wegen einer solchen endgültigen Regelung zu gegebener Zeit mit den Alliierten in Verhandlungen treten.

Darauf wird in die Einzelberatung der ersten Gruppe der Vorlagen, der Bantgesetze, eingetreten.

Abg. Koenen (Komm.) lehnt erneut die Vorlagen ab.

Die Deutschnationalen nehmen Akt . . .

Abg. Schmidt-Stettin (Dnall): Wir nehmen Akt von der Erklärung des Reichskanzlers. Wir erwarten, daß auch hinsichtlich der Gesetze, welche sich mit den Verhältnissen der Reichsbahn beschäftigen, so bei den weiteren Verhandlungen über die Reichsbahn U.-G., die deutschen Interessen wirksam gewahrt werden. Es muß alles aufgebieten werden, daß der § 24, der den Charakter des Berufsbeamtenums negiert, aus dem Gesetz wieder herauskommt. Auch in Zukunft muß das Beamtenverhältnis seinen bisherigen Charakter behalten. Die gleiche Berücksichtigung verlangen wir auch für die technischen Angestellten. Die neu zu schaffende Personalordnung muß dem Reichstag vorgelegt werden. Die Ansprüche der Reichsbahnpensionäre auch unter dem neuen Regime sicherzustellen, muß eine Hauptaufgabe der deutschen Reichsbahnverwaltung sein.

Abg. Dr. Reichert (Dnall) polemisiert gegen den Abg. Koenen. Der Reichskanzler hat gesagt, solange das Ziel der Befreiung von Rhein und Ruhr nicht erreicht sei, werde er das schwere Opfer des Gutachtens als vergeblich ansehen. Wir hätten den Wunsch gehabt, daß das Kabinett an dem letzten Tage unserer Verhandlungen noch ein anderes Wort gefunden hätte, nicht nur ein Wort der Benüglamkeit und des Sichzufriedengebens, sondern einen großen Appell an das gesamte Ausland, soweit es an den Reparationen beteiligt ist. Der Kanzler will alle Kräfte einsetzen, um auf eine Kürzung der Belegungsfristen hinzuwirken. Unterstreichen müssen wir das Wort des Reichskanzlers, daß eine „Sicherstellung“ erfolgen muß. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung noch einmal gesagt hätte: Wir haben den Eindruck und die Ueberzeugung, daß durch die Befreiung die Durchführung des Gutachtens überhaupt in Frage gestellt ist.

Am Schluß seiner Rede verlangt er, daß die Regierung über die amtliche Aufrollung der Kriegsschuldfrage noch Klarheit schaffen möge, damit die Deutschnationalen ihre endgültige Entscheidung treffen können. (Lebhafte Appl.-Rufe links.)

Abg. v. Rheinbaben (D. Sp.) macht längere Ausführungen darüber, daß die nun eingetretene Wendung in der Reparationsfrage Deutschland veranlassen müsse, durch aktive Außenpolitik wieder in die Weltpolitik einzugreifen.

Wulle empört sich . . .

Abg. Wulle (Nat.-Soz.): Noch nie ist in einem so historischen Moment ein so empörender Kuhhandel getrieben worden. Sie unterzeichnen etwas, von dem Sie wissen, daß Sie es nicht erfüllen können und Sie geben damit denjenigen Mächten, die Deutschland zerstören wollen, die spätere Rückfälligkeit, uns als unehrbare Geschäftspartner und als Lügner hinzustellen. Das Gutachten läßt Deutschland nur eine Scheinsoveränität. Vergangenen Montag hat Abg. Hergt hier die Festsätze losgelassen; er hat erklärt, jetzt sei es Zeit, daß auch die Deutschnationalen der Regierung des Mißtrauen aussprechen, sie würden die Gesetzentwürfe ablehnen. Die heutige Rede des Abg. Reichert hat aus dieser Festsätze eine Schamade gemacht: Rückzugssignal auf der ganzen Linie. Parteipolitisch könnten wir über diesen traurigen Umschwung der stärksten nationalen Partei im deutschen Reichstag zufrieden sein. Aber er muß eine verderbliche Verwirrung in der nationalen Bevölkerung mit den bösesten Folgen anrichten.

Auch wenn Sie (zu den leeren Bänken der Deutschnationalen) sich in letzter Stunde noch bestimmen wollten auf Ihre vaterländische Pflicht, so würden Sie das nicht mehr gutmachen. Auch die Entschlüssen sind auf dem gemeinsamen Kuhhandel aufgebaut, wir werden uns dabei der Stimme enthalten. Wir bedauern die Schwächung der Opposition vor diesen entscheidenden Abstimmungen. Hatenkrenz und Sowjetstein stehen einander zwar wie Feuer und Wasser gegenüber (Lachen der anderen Parteien), aber wie achten in den Kommunisten den ehrlichen Gegner. (Großes Hallo.) Wir protestieren dagegen, daß man planmäßig Abgeordnete entfernt hat und von der Abstimmung fernhält. Wir haben feinerzeit einmütig Herrn Wallraf zum Präsidenten gewählt, wir würden sehr bedauern, wenn er unser Vertrauen täuschte. Der Redner verliest dann das an anderer Stelle erwähnte Schreiben der Hatenkrenzfraktion an den Präsidenten. Diese Verlesung wird wegen der ungläublichen Schimpereien in diesem Brief mit steigender Anruhe aufgenommen und Vizepräsident Dr. Bell schmiedet nach wiederholten vergeblichen Mahnungen diese nicht zur Tagesordnung gehörende Verlesung ab. Wulle schließt dann mit den Worten, daß nicht der Londoner Vertrag zur Freiheit führe, sondern nur die Bahn, die das schwarzweihrote Banner mit Hatenkrenz weise. (Lebhaftes Gelächter in der Mitte und links.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Der Abg. Reichert vor den Deutschnationalen hat ausgeführt, seine Partei erwarte noch eine Erklärung von der Regierung, worauf sich seine Fraktion endgültig zu ihrer Stellungnahme anschließen werde. Nun glaube ich, daß das Parlament und die Öffentlichkeit ein Interesse daran haben, welches der Preis ist, den die Deutschnationalen verlangen oder der ihnen in Aussicht gestellt worden ist dafür, daß sie ihre Ueberzeugung aufgeben. Wir können uns nicht damit beruhigen, daß hinter den Kulissen über diesen Preis verhandelt wird. Wir haben das größte Interesse daran, zu erfahren, auf welcher Basis diese Verhandlungen zwischen den

Deutschnationalen und einzelnen Parteien dieses Hauses oder der Regierung geföhrt worden sind oder noch geföhrt werden. Wir haben deshalb Fragen zu stellen:

1. Ist es richtig, daß die Deutschnationalen Volkspartei als Preis für ihren Einfluß im Reichstag einzelner ihrer Mitglieder in das Kabinett verlangt hat?
2. Ist es richtig, daß den Deutschnationalen, wenn nicht für diesen Augenblick, so doch für eine nach Wochen zu zählende Frist eine solche Umbildung angeboten worden ist?
3. Ist es weiterhin richtig, daß die Deutschnationalen heute morgen noch als Hauptpreis geföhrt haben den Rücktritt des gegenwärtigen Reichskanzler Marx jetzt oder in einigen Wochen? (Hört, hört! Zurufe: Ja, es ist richtig!)
4. Ist es richtig, daß der Vorstand der Zentrumsfraktion dieses Hauses sofort als undiskutabel abgelehnt hat, daß aber trotzdem die Verhandlungen über den Kaufpreis noch wie vor weitergeföhrt werden?

(Große Bewegung im ganzen Hause.)
Wie auch immer die Antwort auf diese Fragen lauten mag, wir erinnern uns, daß die Deutschnationalen das Gutachten des „zweiten Versailles“ bezeichnet haben. Wir möchten wissen, für welchen Preis sie bereit sind.

Sich das „zweite Versailles“ abkaufen zu lassen.

Wir erinnern uns, daß sie von Kuhhandel zwischen anderen Parteien gesprochen haben. Im Augenblick, wo sie selber an einem Kuhhandel beteiligt sind, nennen sie die Sache nicht mehr eine Sage, sondern den Kuhhandel einen „Brüdenschlag“.

Wir erinnern uns, daß vor ganz kurzer Zeit ein Deutschnationaler von diesem Kuh aus erklärt hat: „Deutschnational sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun“. Heißt es eine Sache um ihrer selbst willen tun, wenn sie jetzt dem „zweiten Versailles“, dem „Schandvertrag von London“ zustimmen, weil sie dadurch parteipolitische Vorteile erwarten.

Das festzustellen, ist nötig im Interesse des weiteren politischen Kampfes. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, Bewegung im ganzen Hause.)

Das Wort hat Herr Reichskanzler Marx. (Minutenlange Bewegung und Unruhe.)

Reichskanzler Marx: Namens der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung abzugeben: Das Kabinett hat zur Frage der Regierungsumbildung nicht Stellung genommen. In Ausprägungen zwischen verschiedenen Parteien dieses Hauses, wenn solche stattgefunden haben sollten, war die Reichsregierung überhaupt nicht beteiligt.

Hg. Dreißigfeld (Soz.): Nach dieser Erklärung der Regierung habe ich an den Herrn Reichskanzler die Frage zu richten: kann der Herr Reichskanzler die Auskunft geben, ob An oder das andere Mitglied des Kabinetts an diesen Besprechungen beteiligt gewesen ist.

Reichskanzler Marx: Nach den Ermittlungen, die ich eingezogen habe, hat ein Mitglied des Kabinetts an diesen Besprechungen nicht teilgenommen. Es haben jedoch wohl Verhandlungen mit Mitgliedern des Kabinetts über die Erklärung der Reichsregierung stattgefunden, die ich heute morgen hier abgegeben habe.

Die Spezialberatung ist beendet. Der Präsident schlägt Beratung auf anderthalb Stunden vor. Die Beratung wird gegen den Widerspruch der Kommunisten beschlossen.
Die Abstimmungen beginnen demnach um 1/3 Uhr.

Keine Amnestie!

Trotz völkischer, kommunistischer Schächers.

Die heutige Sitzung im Reichsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem sozialdemokratischen, kommunistischen und völkischen Amnestieantrage. Sofort ergab sich ein eigenartiges Zusammenarbeiten der äußersten Rechten und Linken. Der Kommunist Rah konnte sich nicht genug tun in der Anpreisung des völkischen Antrages, den er durchaus zur Grundlage der Verhandlungen machen wollte. Die Rechte zusammen mit den Kommunisten beschloß demgemäß, trotz Widerspruch des Genossen Rosenfeld, der die gleiche Behandlung für den sozialdemokratischen Antrag forderle.

Auch sachlich wurde die Sitzung eine Fülle von Beweisen für ein „verständnisvolles“ Zusammenarbeiten der beiden Flügelparteien. Herr Frid und Herr Rah verteidigten sich

gegenüber und die Front wurde mit Vorliebe gegen Sozialdemokraten genommen. Als der Kommunist Thomas eine Erklärung gewissermaßen auch für die Völkischen abgab, rief ein Zwischenrufer ihm die vorwährende Frage zu, ob die Völkischen ihm ihre Vertretung übertragen hätten. Bei den Beratungen stellte sich schnell heraus, daß es den Kommunisten weniger darauf ankam, eine Amnestie zu erlangen, als vielmehr eine solche Behandlung der Anträge herbeizuföhren, daß es ihnen ermöglicht wurde, den Sozialdemokraten die Schuld an Scheitern einer Amnestie zuzuschreiben. Dabei war es ihnen ganz gleichgültig, ob die Arbeiterschaft den Schaden solcher Manipulationen trug.

Die Reichsregierung gab eine sehr unbefriedigende Erklärung ab. Herr Jarres stellte lediglich in Aussicht, daß die Reichsregierung entsprechend der Erklärung Stresemanns mit den Ländern in Verhandlungen darüber einzutreten wolle, ob eine Amnestie geschaffen werden könne. Der Vertreter Bayerns betonte natürlich wieder die bayerische Justizhoheit, die eine Reichsamnestie nicht zulasse, und der Vertreter Preußens stellte auch nur Prüfung durch seine Regierung in Aussicht. Genosse Dr. Rosenfeld wendete sich gegen die Haltung der Reichsregierung, wies das Ungünstigste ihrer Erklärung nach und verlangte gerade deshalb, weil die Regierungen verfolgten, daß der Reichstag eine möglichst umfassende Amnestie beschliesse. Angehts des Klassencharakters unserer Rechtsprechung und der besonderen Härte der bayerischen Justiz sei eine Amnestie notwendig. In seiner Antwort sprach Herr Jarres die Befürchtung aus, daß eine Amnestie das Gefühl für den Ernst der Strafrechtspflege löse, und daß das Volk leicht den Klauen verliere, daß der Staat seine Gesetze auch wirklich durchföhre.

Der Demokrat Haas wies in einer sehr guten Rede die Schwächen der deutschen Justiz und er fand die schärfsten Worte der Kritik besonders gegen die bayerische Justiz. Freilich von Amnestie wollte auch Herr Haas nichts wissen, er empfahl die Opfer der Rechtsprechung der Gnade der Regierungen.

Hg. Bell (Z.) sprach in demselben Sinne. Als Hg. Gerland (Dem.) das Fehrenbach-Urteil kritisierte, wurde er von dem bayerischen Vertreter mit der Mitteilung unterbrochen, daß seine Regierung sogar schon einmal die Frage der Begnadigung Fehrenbachs — — auf die Tagesordnung einer Ministerratssitzung gesetzt habe, dann seien aber die Beratungen über den sozialdemokratischen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die bayerischen Volksgerichtsurteile dazwischen gekommen und deshalb habe man die Prüfung der Begnadigung Fehrenbachs aussetzen müssen!!! Auch Gerland kritisierte das Verhalten der bayerischen Regierung. Für die Amnestie traten dann nur noch die Kommunisten und die Völkischen ein.

Bei der Abstimmung wollten unsere Genossen dafür sorgen, daß, wenn schon eine unumfassende Amnestie geschaffen würde, die auch die verhafteten Rechtsprechungsinhaber umfassen sollte, wenigstens auch die bayerischen sozialistischen und kommunistischen „Räteverbrecher“ unter die Amnestie fielen. Ein dementsprechender Änderungsantrag wurde aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Infolgedessen waren unsere Genossen auch nicht in der Lage, für den völkischen Antrag zu stimmen.

Deshalb sei schon jetzt festgesetzt:

1. Unsere Genossen haben selbst weitgehende Amnestieanträge gestellt, die aber von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden.
2. Unsere Genossen haben für sämtliche kommunistischen Anträge gestimmt, die aber trotz aller kommunistisch-völkischen Freundschaft anscheinend zum Erliegen der Kommunisten selbst auch von ihren „Arten“ Bundesgenossen abgelehnt wurden.
3. Auch wenn die Sozialdemokraten mit den Kommunisten für den völkischen Antrag gestimmt hätten, wäre er noch nicht angenommen worden, da die Deutschnationalen ihn nach den Erklärungen der Kommunisten (und den Abmachungen mit ihnen) für den Antrag stimmen sollten, tatsächlich aber dagegen stimmten.
4. Unsere Genossen haben lediglich abgelehnt, die Führer der Kappisten und die Hiltlerleute zu begnadigen, so lange die sozialdemokratischen und kommunistischen Anhänger der bayerischen Kätrepublik im Gefängnis blieben.
5. Die Kommunisten haben für die völkischen An-

träge gestimmt, die zwar den Kappisten und Hiltlerleuten die Freiheit gebracht hätten, nicht aber den bayerischen Kätrepublikanern.

6. Rah versuchte sogar unter Mißbrauch seines Amtes als Vorsitzender des Rechtsausschusses einen gar nicht verlesenen und auch nicht verhandelten Antrag des verhaftigten Deutschnationalen Graf (Thüringen) auf Amnestierung der auf Grund des Republik-schutzgesetzes Verurteilten zur Annahme zu verhalten, was allerdings an dem Widerspruch unserer Genossen gescheitert ist.

Es ist also ein glatter Schwindel, wenn die Kommunisten jetzt behaupten, die Sozialdemokraten hätten die Amnestie verhindert oder sabotiert!

Zum Potsdamer Kommunistenattentat.

Der Amliche Preussische Pressedienst teilt zu den falschen Potsdamer Meldungen über die Voruntersuchung im Potsdamer Sprengstoffattentatsverfahren mit:

Gegen die Beschuldigten in der Strafsache gegen Sommerfeld und Genossen wegen des Potsdamer Sprengstoffattentats wird die Voruntersuchung bei der Staatsanwaltschaft I (Untersuchungsrichter) gegen elf Personen geföhrt. In Haft befinden sich davon weiterhin vier Personen. Sieben sind jetzt aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil weder Verdunkelungsgefahr noch Fluchtverdacht vorliegt. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch gegen diese sieben Personen die Anklage erhoben werden wird.

Abgetrennt von diesem Verfahren schwebt ein anderes gegen drei weitere Personen bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Stargard in dem dort anhängigen großen Verfahren gegen Mitglieder der kommunistischen Partei wegen Bildung von Partisanen (Terrorgruppen). Diese drei stehen unter dem besonders schweren Verdacht, daß der eine von ihnen die Potsdamer Bomben in Besitz gehabt, der zweite sie verfertigt hat, während der dritte den Verlauf des geplanten Attentats beobachtet und Bericht an die Aufstroggeber erstatten sollte.

Zusammenfassend ist also festzustellen: Es waren im ganzen 14 Personen unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Potsdamer Sprengstoffattentat verhaftet worden. Davon sind jetzt sieben Personen aus der Haft entlassen worden, weil keine Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdacht bestehen. Die Haftentlassung schließt jedoch nicht aus, daß die dringender Tatverdacht fortbesteht, auch gegen sie die Anklage erhoben wird. Vier Personen bleiben weiter in Haft und können auch in Anbetracht der Stärke des Verdachtes und der Höhe der zu erwartenden Strafen nicht entlassen werden. Die drei letzten endlich werden in Stargard abgeurteilt werden, da sie außer als der Haupttäterchaft an dem geplanten Sprengstoffattentat verdächtig auch noch als Mitglieder der kommunistischen Terrorbanden in Frage kommen, die in Pommern und Mecklenburg ihr Unwesen getrieben haben und gegen die ein großes Strafverfahren vor dem Stargarder Landgericht schwebt. Aus diesem ganzen Tatbestand geht hervor, daß die Meldung eines Potsdamer Blattes, die Verhaftungen der angeklagten Kommunisten hätten sich als ein Fehlgriß und das geplante Attentat als Spiegelschiff herausgestellt, von Anfang bis zu Ende auf Erfindung und falscher Information beruht.

Oesterreichisch-deutscher Schulkonflikt.

München, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Ein pädagogischer Kongreß, veranstaltet vom Münchener Lehrerverein, wurde am Donnerstag in der Universität von mehr als 800 Teilnehmern aus dem Reich und besonders aus Deutschösterreich eröffnet. Bei den Begrüßungsansprachen ist bemerkenswert die des Professors der Pädagogie an der Münchener Universität, Fischer, der das Interesse betonte, das die Universität an der künftigen oesterreichischen Ausbildung auch der Volksschullehrer habe.

Unter lebhaftem Beifall berichtete der Präsident der Wiener Schulverwaltung, Genosse Otto Siedel, über die innere Schulreform in Wien, die unter begeisteter Mitarbeit der Lehrerschaft durchgeführt werde. In Wien denke man nicht an einen Schulabbau, denn die Schule in Deutschösterreich solle nicht zurückstehen hinter der in Deutschland, wenn einst der Tag des Zusammen-schlusses von Deutschösterreich und Deutschland anbrähe.

Kaisers Jungfrau von Orleans.

Dramatisches Theater.

Von allen, denen Kunst kein leerer Schall, kein Zugus, denen Kunst ein Lebensbedürfnis bedeutet, mit hoffender Spannung erwartet, ist gestern ein neuer Stern am Theaterrahmen aufgegangen: das „Dramatische Theater“ hat seine Pforten eröffnet. Ein Uraufführungstheater will es sein und die junge Dichtung aller Völker pflegen. Ein Ziel, das ihm die Sympathie und die Unterstützung der Kunstwilligen sichert, Wege, die zur Höhe zu führen versprechen, Hoffnungen, die eine gesonderte Besprechung verdienen. Der erste Abend des Theaters mit dem ungeschickten Namen (Warum nicht „junges“ oder „lebendiges Theater“?) war eine Enttäuschung. Nicht daß man es leer oder unbefriedigt verlassen hätte. Die Erwartung war vielleicht zu hoch gespannt, die frohe Hoffnung auf das Kommen des Heils erhalten. Darstellung und Stil hielten nicht, was sie versprochen.

Des übertrüglichen Dramatikers Georg Kaiser neues Werk „Gilles und Jeanne“ ist ein Jungfrau-von-Orleans-Mysterium. Eine Komödie der gewaltigen Mächtigkeit mit gewaltiger Problematik und auf halbem Wege liegen gelassener Lösung. Kaiser steht das Wunder der Jeanne d'Arc mit seinem rationalistischen Geist, mit feinem dem Wunderbaren abholden Auge, mit präzise arbeitendem Gehirn. Bis dahin ist keine Komödie eine Tat. Aber dann verliert er sich plötzlich in ephemerer Dialektik, die nichts weiter als Selbstbehauptung mit großen Worten darstellt. Die Jungfrau von Orleans erinnert den überstolzen Siegfried über die Engländer nicht in göttlicher Wendung, sondern von dem reichen Gilles de Rais geschoben, der dem französischen König ein Söldnerheer unter der Bedingung laßt, daß Jeanne es anführt. Denn er liebt sie und wählt diesen kühnen Weg, um sie zu erringen. Aber sie verlogt sich ihm und bleibt auch fest, als in der zweiten Schlacht die Niederlage droht, weil Gilles die ihm zehrenden Truppen am Kampf verhindert, um Jeanne gefügig zu machen. Hier beginnt Kaisers Mistak. Jeanne erkennt plötzlich eine höhere Aufgabe als Rettung des Vaterlandes, sie will diesen Menschen, die der abgrundtiefen Seele entziehen. Sie steigt auf den Scheiterhaufen, von Gilles mit falschem Zeugnis belastet. In seiner Liebesrauerlei mardert er dann als Mordart sechs weitere Bauernmädchen, bleibt, vor ein päpstliches Tribunal zitiert, verurteilt, bis Jeanne visionär erscheint und ihn ihre hohe reine Liebe erkennen läßt. Da bricht er, von der Verzehrung der Jungfrau entsetzt, zusammen und gesteht.

Es ist ein Irrtum Kaisers, kraftvoll und von Shakespeares Genie zu sein, indem er gewaltige Worte schreut. Worte sind es und nicht Taten. Sein Bemühen, den Zeitgeist mit dröhnenden Schreien zu meistern, erscheint fruchtlos, wenn er z. B. in achtzehn Worten des Dialogs achtzehn Ausrufungszeichen verschwendet. Kaisers Stärke liegt in der Satire. Seine Charakteristik des Königs ist unergreiflich. Der König fragt im Angesicht der Schlacht seine Umgebung: „Wer nimmt gegen Sie?“ Die Zweifler sollen sich auf dem linken Abhang versammeln. Ich entscheide mich dann für die Mehrheit.“ Wie jedes Kind weiß, liegen im Krieg immer beide

Parteien. Kaiser zeigt hier eine seltsame Methode auf, durch Abstimmung die endgültige Entscheidung zu treffen. Das sind göttliche Einfälle. Für große Dramatik reicht's aber nicht in „Gilles und Jeanne“.

Wie das Stück, so war auch die Darstellung. Gestern war nur das Wollen zu sehen, das Können fehlte. Die Hauptrolle spielte der Direktor Wilhelm Dieterle. Seine Leistung bot nichts Originelles. Er gab sich von Anfang an mit gemäßigter Stimme und großen Gesten aus, so daß ihm die Möglichkeit zu Selbigerungen genommen wurde. Maria Eis spielte die Jungfrau von Orleans ebenfalls mit unzureichenden Mitteln. Mit singender Stimme eine Weisheit vorlesend, die im Widerspruch zu ihrer Gestalt steht und ohne Kontakt mit dem gemäß beifallsfreudigen Publikum. Die künstlerischen Leistungen des Abends waren Hubert Meyrick als König von Frankreich und Theodor Loos als Wälschler. Meyrick sprach eine erheiterte Lyze, zwar nicht ganz originell und an Hans Wasmann erinnernd, aber sehr lustig. Theodor Loos mit seinen zackigen Bewegungen, seiner schneidigen, spindeldürren Stimme war die Lieberpantheit in Person. Poetizigs Bühnenbilder von monumentaler Gewalt.

Ernst Degner.

Das war im Kaufhaus Wertheim... An einem Regentag, als ich auf dem Hofstruß wandelnd stand im dichten Kreis von Menschen, Regenströmen und Paläten. Und auch zwei Kraben. Die hatten rote Haare und nackte Beine, und ihre jadenstehenden Büfen waren ganz durchnäßt. Und sie aßen beide Pfäumen, die treuherzig der Kleinsten verteilte. Bis er schließlich die noch halbvolle Tüte habedoll an seine Brust drückte und zum Bruder sagte: „Nun ist genug. Die kriegt Wuttern.“ Schmutzige Händchen streichelten still graues Papier, so daß ein Augenwinkeln mit Baugenkopf und hinter Schmetterlingsfalten nur noch höher des Rückens rumpfte. Der Kleine oder merkte dies nicht. Er sah ja gar nicht seine schmutzigen Händchen, sah ja nur sein krankes Wutternlein. Und ganz fest presste er die Pfäumentüte an das klopfende Herz. Und der Große, der einen schweren Rucksack voll Kartoffeln trug, stand noch einmal so stramm, und um seine Lippen träumte ein Lächeln. Das hieß wohl auch: für Mutter... Und dann kam der Hofstruß, und die Leute stiegen ein. Die beiden Buben aber stieg umfamt der Regenführer zurück: „Ihr geht die Treppe rauf!“, aber das kleine Mädchen, das doch auch ohne jadenstehenden Schuß sich befand, durfte mitfahren. Das war im Kaufhaus Wertheim, als vier Kinderwagen erdröckten einem Hofstruß nachstarrten, als war ein dunkler Luftballon ihren Händen entglitten, als hätte der liebe Gott mit dem Zeigefinger gedroht und ihnen zugerufen: „Kinder mit zerrissenen Hemden, die kommen nicht in meinen Himmel.“

Der Wiedererwecker des niederdeutschen Kasper Puffschnecke, Johs. E. Kabe ist in Hamburg gestorben, der Freund des alten Kasper Puffschnecke, jener volkstümlichen Spielgruppe, der die menschliche Hand Leben und Bewegung gibt. Er hat ein Alter von über 86 Jahren erreicht, nach einem Leben, das hauptsächlich in wissenschaftlicher und wissenschaftlicher Arbeit. Von früher Jugend an fand

Rabe Mühe, in den Feierzeiten seines kaufmännischen Berufes Aufzeichnungen namentlich zur Volkshunde zu machen. Ausgedehnte Reisen weiteten seinen Blick. Sein Kulturbild aus dem hantelischen Kaufmannsleben „Das Speicherbuch“ ist in den „Quidbornbüchern“ erschienen. Um die Wiederbelebung der Freude an den Handpuppen erwarb Kabe sich Verdienste durch die Veröffentlichung der von ihm ausgezeichneten Spielregeln in den Quidbornbüchern „Sind ja all dort“, „Wasat Puffschnecke“ und „Kasper zu Hus“ sowie ganz besonders durch die gründliche, dabei feinsinnig geführte Monographie „Kasper Puffschnecke“, die jetzt in einer um manchen Forschungs-ergebnis, aber auch um manchen lustigen Kasperchwank bereicherten Neuausgabe erscheint. Daß Kabes Arbeit weite Anerkennung gefunden hat, dafür zeugt die Dürerbundungsschrift „Spiel Handpuppentheater“, dafür zeugt auch seine langjährige Vorstand- und Ehrenmitgliedschaft im Verein für niederdeutsche Sprachforschung und in der Vereinigung „Quidborn“ zu Hamburg. Der hamburgische Senat ehrete ihn durch seine Berufung in den Beirat des Museums für Hamburgische Geschichte.

Die Berliner Staatsoper im Rundfunk. Nach langen Unterhandlungen mit der Generalintendantur der Staatsoper ist es dem Berliner Rundfunk gelungen, ein Uebereinkommen zu schließen, nach dem vom 1. Oktober ab eine Reihe bekannter Opern von der Staatsoper aus auf drahtlosem Wege den Rundfunknehmern übermittelbar werden sollen. Dasselbe wird geschehen mit den großen Konzerten des Philharmonischen Orchesters und der Oratorienaufführungen der Singakademie. — Die „Funkstunde“ beschäftigt weiterhin in ihren eigenen Räumen nicht nur Opern, sondern auch Schauspiele aufzuführen zu lassen und diese an ihre Hörer weiterzugeben. Weiter dieser neuen Abteilung, die unter dem Namen „Sendespiele“ gehen wird, wird der Opernsänger Cornelius Bronsgeest sein. Möglicherweise wird die Rundfunkgesellschaft zu ihren Veranstaltungen auch eine beschränkte Anzahl Zuschauer zulassen. Die technischen Anlagen der Rundfunkgesellschaft sind so gut, daß sie ihre Darbietungen den Teilnehmern im ganzen Reich zugänglich machen kann, selbst mit einfachen Apparaten.

Der ganze Livius. Die Nachricht, daß der Gelehrte Dr. Mario di Martino-Busio das vollständige Werk des römischen Historikers Titus Livius entdeckt habe, erregt in Italien großes Aufsehen, da man von dem 142 Bücher umfassenden Gesamtwerk bisher bloß 35 kannte. Der Entdecker will das Geheimnis über die Umstände und den Ort des Fundes noch nicht preisgeben. Es wird angenommen, daß diese Bücher, nach denen man seit mehreren Jahrhunderten gesucht hat, sich in der Bibliothek eines Klosters in Neapel befinden. Di Martino erklärt, daß er auch zwei Manuskripte aus dem 9. Jahrhundert entdeckt hat, Kopien von griechischen Klassikern und ein Buch der Geschichte der Heiligen, das ebenfalls aus dem 9. Jahrhundert stammt.

Spielplanänderung. In der Komischen Oper findet die Premiere des neuen Reoue „Das hat die Welt noch nicht gesehen“ infolge technischer Schwierigkeiten erst Samstag 7 Uhr statt. Die gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.

Der II. Kongreß für Biologische Hygiene tagt in Dresden vom 30. August bis 2. September. Die Tagesordnung ist außerordentlich reichhaltig.

Die verkauften „Grundsätze“.

Der Schacher zwischen Stresemann und Hergt.

Bisher konnte man in deutschnationalen Blättern lesen und in allen deutschnationalen Versammlungen hören, daß lediglih die Partei Hergt-Westarp-Tirpitz „feste und unberg-same Grundsätze“ gegenüber diesem Staate habe, wie er sich nach dem Zusammenbruch von 1918 gestaltet hat. Diese Grund-sätze waren natürlich ablehnender Art. Die Partei der alten Exzellenzen ist monarchistisch bis in die Knochen. Jetzt aber ist sie dabei, ihre monarchische Treue und ihre monarchi-schen Grundsätze in einem elenden parlamentari-schen Schachergeschäft zu verkaufen. Sie will das „zweite Versailles“ schlucken, sie will die „Ver-klarung Deutschlands“ möglich machen helfen, wenn ihr nur einige Ministerposten zugestanden werden.

Noch bis vor wenigen Tagen konnte man die ent-schiedenste Ablehnung der Dawes-Gesetze aus allen Kundgebungen dieser Partei herauslesen. Noch am Donnerstag stimmte der neugebaute Deutschnationaler Quack seine Rede auf Ablehnung ab. Aber innerhalb 24 Stunden wird die festeste Mauer durchlöcher, wenn die Futterkrippe winkt. Herr Stresemann hat es fertig bekommen, was unzmög-lich schien. Er, der Bestgehächte bei den Deutschnationalen, dessen Ausschaffung aus dem Reichskabinett gerade von der Hergt-Gruppe am lebhaftesten gefordert wurde, er hat am Donnerstag mit seiner kleinen Fraktion den Deutschnationalen den Kuhhandel auf dieser Basis angeboten: Die Fraktion Hergt-Westarp-Tirpitz ermöglicht durch teilweise Abwesenheit und teilweise Zustimmung die Annahme des Eisenbahngesetzes mit Zweidrittelmehrheit; alsdann sollen die Deutschnationalen ins Reichskabinett aufgenommen werden und natürlich auch in das Preußens-Kabinett. Der Reichszentraler Marg und die Zen-trumsminister sollen ausgeschafft werden. Man hofft sie durch andere zu ersetzen und so den Bürgerblock vorzu-bereiten.

Die Deutschnationalen haben den Pakt augenscheinlich für so günstig angesehen, daß sie das schmähliche Angebot nicht von vornherein ablehnten. Ihre Presse hat den Wink bekommen, rechtzeitig einzuschwenken. Es ist nicht mehr die Rede vom „Schmacherpakt“, nicht mehr vom „zweiten Ver-sailles“, nicht mehr von der Verklarung Deutschlands, es wird nur gesprochen von „Brückenbau“ und von „Verständigung“. Am deutlichsten spricht die „Deutsche Tageszeitung“ aus, was die Deutschnationalen empfinden. Sie versichert der Reichs-regierung ein über das andere Mal, daß sie mit einer Reichs-tagsausschließung allein die Geschäfte der Sozialdemokratie be-treiben würde:

„Tatsächlich hat nur die Sozialdemokratische Partei ein Interesse an einer Neuwahl; nur sie allein könnte einen erheblichen Stimmen-zuwachs erwarten. . . In erster Linie liegt ihr Interesse an der Reichstagsauflösung in anderer Richtung: in der einer neuen Vertiefung und Verschärfung der Gegenätze im bürgerlichen Lager. Das ist der Hauptgrund, aus dem die Sozialdemokratie auf Reichstagsauflösung drängt, die Neuwahl soll ihre am 4. Mai so schwer erschütterte Stellung von neuem stärken, soll ihr von neuem die Macht im Reiche in die Hand geben und zugleich ihre wankende Position in Preußen von neuem festigen.“

Wie war es doch vor dem 4. Mai? Scholl es da nicht aus allen deutschnationalen Sprachröhren in einträglichem Chorus: Der damalige Reichstag entspräche nicht mehr der Meinung des Volkes, er müsse befristet und erneuert werden? Heute müssen die Deutschnationalen zugeben, daß ihre aufgepuschteste Machtposition im Reichstoge veraltet ist, daß zumindest die Sozialdemokratie erheblichen Stimmen-zuwachs und daraus folgend erheblichen Mandats-gewinn nach der Stimmung des Volkes zu erwarten habe. Deshalb die Angst vor der Auflösung! Deshalb der Kuhhandel mit den Stresemannern, mögen dabei auch alle „Grundsätze“ zum Teufel gehen!

Inzwischen streiten die Volksparteiler energisch die Mit-teilung der „Deutschen Zeitung“ ab, daß sie in einem Briefe offiziell vier Ministerposten angeboten hätten. Nach ihrer Meinung könne von einer Um-bildung der Regierung erst nach Annahme der Gesetze die Rede sein. Daß aber ihr ganzes Drängen darauf hinausgeht, die Deutsch-nationalen für die Regierung zu gewinnen, bestreiten sie nicht. Da die Volkspartei, die schon bei den letzten Wahlen erhebliche Einbuße erlitt, auch bei jeder zukünftigen Neuwahl weiter an Einfluß verlieren würde, so ist die Furcht vor Neuwahlen bei ihr noch viel größer, als bei den Deutsch-nationalen. Sie hat deshalb schon seit langem ihre Auf-merksamkeit darauf konzentriert, wie sie durch parlamentari-sche Schiebungen die Deutschnationalen zur Spa-ritung bringen könnte. Sie weiß, daß die Grundsatz-festigkeit bei den letzteren ebenso wenig stark ist, wie bei ihr selbst und rechnet deshalb damit, daß sie eines Tages ihre Brüder von rechts so durcheinanderwirbeln könnte, daß sie zwei deutschnationalen Fraktionen statt der einen bilden müßten.

Der Druck, der von industrieller und volksparteilicher Seite auf die Deutschnationalen ausgeübt wird, ist nicht zu unterschätzen. Allerdings setzen sich die deutschen Mannen so oder so in die Brenne. Nehnen sie heute den Londoner Vertrag ab, so wird das Volk bei den Wahlen mit ihnen abrechnen. Verkaufen sie ihre Ueber-zeugung gegen den Bürgerblock und Brotzoll-förder, so werden sie auch dann als ernsthafte Politiker aus-gespielt haben. Ihre völkischen Konkurrenten im Lande werden schon dafür sorgen, daß der Schachergeist der Deutschnationalen ins richtige Licht gerückt wird.

Die Spuren der Erzberger-Mörder.

Prag, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Polizei-behörden von Kaschau, einer Stadt in der Slowakei, haben festgestellt, daß die Mörder Erzbergers auf ihrer Flucht seinerzeit in Kaschau geweilt haben, ja dort in Haft waren und wieder geflüchtet sind. Schon damals hatte die Polizei ver-mutet, daß es sich um die Mörder Erzbergers handelte. Diese Ver-mutung ist jetzt so verstärkt, daß sich die Kaschauer Polizei veranlaßt sah, ihre Wahrnehmungen der Budapester Polizei telegraphisch mitzuteilen. Nach Informationen aus guter Quelle kann über den damaligen Aufenthalt der Mörder Erzbergers folgendes gesagt werden: Einige Tage nach dem Morde an Erzberger griff die Kaschauer Polizei drei Reichsdeutsche auf, die keine Aus-weis-papiere hatten und ohne Dokumente über die Grenze in die Tschechoslowakei gekommen waren. Es wurde festgestellt, daß alle drei der berüchtigten Organisation C angehört hätten. Sie gaben das zu und erklärten, nach Ungarn reisen zu wollen. Die Untersuchung ging weiter. Nach einigen Tagen wurde aber

festgestellt, daß die Deutschen fehlten. Sie waren während des Spazierganges im Gefängnis Hof gestochen. Einige Tage später meldete die Grenz-wache, daß drei Männer über die un-garische Grenze gegangen seien.

Nationalsozialistische Lümmeleien.

Ein Brief an den Reichstagspräsidenten.

Die Reichstagsfraktion der Nationalsozia-listischen Freiheitspartei spricht in einem längeren Schrei-ben dem deutschnationalen Reichstagspräsidenten Wallraf in aller Form das schärfste Mißtrauen aus, weil er sich erlaubt hat, die Flegelien des Pronoateurs Graefe durch einen Ordnungs-ruf zu rügen. Wenn es in dem Schreiben heißt, ein-zelne Mitglieder der Deutschnationalen hätten sich an den Kuppelien der Nationalsozialisten und Graefes beteiligt, so ist das nur ein Beweis dafür, daß die Geschäftsführung des deutsch-nationalen Reichstagspräsidenten noch viel zu milde war und daß sie es an Unparteilichkeit seinen Fraktionsfreunden gegenüber fehlen ließ.

Im übrigen kennzeichnet das Schreiben die Nationalsozialisten in ihrer ganzen Größe. Es ist durchaus in jedem Lümmeleien Tone gehalten, den die Völkischen auch sonst im Plenum betreiben und den sich ein Reichstagspräsident, der etwas auf seine eigene und die Würde des Hauses hält, verbitten müßte. Wiederholt ist von dem Juden, dem jüdischen Abgeordneten Brodau und der jüdischen Tat die Rede. Das Schreiben legt es förmlich darauf an, den Abg. Brodau zu beleidigen. Von einem Be-dauern über den — von den Nationalsozialisten mitverschuldeten — völkischen Angriff auf den Abg. Brodau findet man keine Zeile. Dafür wird versucht, die Sozialdemokraten als die Ver-über der Täuschungen hinzustellen, und es wird der Reichs-regierung unterstellt, sie trage sich mit der Ab-sicht, die Nationalsozialisten und die Kommunisten zwecks Herbeiführung der Zweidrittelmehrheit zu dezimieren. Der Reichstagspräsident sei durch seine mangelnde Geschäftlichkeit ein Instrument dieser Absichten geworden.

Herr v. Graefe hat sich am Mittwoch den Hin aus wurf genau so ehrlich verdient wie die drei Kommunisten. Er ist mit einem Ord-nungsruf davongelommen und dankt dafür mit neuen Flegelien.

Wallrafs Antwort.

Reichstagspräsident Wallraf hat auf das an ihn gerichtete Schreiben der Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei die folgende Antwort erteilt:

„Das Schreiben vom gestrigen Tage gibt mir lediglich Ver-anlassung zu folgender Antwort: Das Recht und die Pflicht des Reichstagspräsidenten, die Würde und Ordnung des Hauses zu wahren, besteht selbstverständlich gleichmäßig gegenüber allen Par-teien und ist durch politische Neigungen und Situationen nicht be-einflussbar. Der gegen den Herrn Abgeordneten v. Graefe (Mecklenburg) in der Sitzung vom 27. August meinerseits verhängte Ordnungs-ruf war durch das Verhalten des genannten Herrn Abgeordneten voll und ganz gerechtfertigt. Der gegen einen Ordnungs-ruf den Abgeordneten noch § 92 der Geschäftsordnung zu-stehende Einspruch ist von Herrn v. Graefe (Mecklenburg) nicht erhoben worden. Die in ihrem Schreiben enthaltene Andeutung, als ob meine Haltung von anderen als rein sachlichen Beweg-gründen beeinflusst worden sei, weise ich hierdurch auf das entschei-dende und schärfste zurück.“

Es ist bezeichnend, daß dieser deutschnationalen Reichstags-präsident kein Wort des Tadelns für die antisemitischen An-rempelien des nationalsozialistischen Schreibens findet, und daß er es unternimmt, die Verdächtigungen gegen die sozial-demokratische Fraktion und die Reichsregierung richtigzustellen. Aber zu diesem Reichstag gehört dieser Reichstagspräsident!

Grüñners Nachfolger in Düsseldorf.

Merseburg, 28. August. (M.Z.) Die Interparlamentarische Rheinland-kommission hat die preußische Staatsregierung wissen lassen, daß sie gegen die Verletzung des bisherigen Merseburger Regierungs-präsidenten Bergemann (Soz.) als Regierungspräsident nach Düsseldorf keine Einwendungen erhebe. Bergemann nimmt die Stelle des Regierungspräsidenten Dr. Grüñner ein, dessen Wieder-kehr bekanntlich abgelehnt worden ist. Er wird sein Amt am Dien-stag antreten.

Beschleunigte Ruhräumung in Sicht.

London, 29. August. (H.) Der stets ausgezeichnet informierte diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt über Frankreich und die Ruhrbesetzung, daß Herrist vor einigen Tagen gebeten wurde, zu erklären, ob es ratsam sei, die französischen Truppen im Ruhrgebiet auch nach der Räumung der Kölner Zone durch die Engländer zu belassen. Es hätte keinen Sinn, eine kleine Truppenmacht in der Ruhr unter solchen Umständen zurückzubehalten und es müßten in einem solchen Falle die Besatzungstruppen an der Ruhr bedeutend verstärkt werden. Daraufhin habe Herrist gefasst, daß in Anbetracht des Zustandes der französischen und europäischen Meinung eine derartige Verstärkung unmöglich sei. Deshalb müsse die Ruhr entweder mehr oder weniger gleichzeitig mit der Kölner Zone im nächsten Jahr geräumt oder eine entsprechende Verlängerung der englischen Besetzung der Kölner Zone erreicht werden, falls die französische Ruhrbesetzung über den nächsten Januar hinaus dauern sollte.

Deutsch-belgische Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Brüssel wird die belgische Delegation für Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland am 13. September die Reise nach Berlin antreten. An ihrer Spitze wird der belgische Gesandte in Berlin stehen. Außer dem Direktor der Wirtschafts-Abteilung im Ministerium des Aeußeren werden ihr Sachverständige als Vertreter der industriellen Verbände und Handelsorganisationen des Landes angehören.

Zusammentritt des Völkerbundrates.

Genf, 29. August. (H.) Freitagmittag, 12 Uhr, tritt der Völkerbundrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Delegierten der Mitgliedstaaten sind bereits in Genf eingetroffen. Der Rat wird den ganzen Monat September über je nach Bedarf tagen. Die sehr umfangreiche Tagesordnung hat nach ihrer Belanntgabe keine wesentliche Veränderung erfahren.

Professor Dr. Görde-Brandenburg, vor dem Kriege national-liberaler Reichstagsabgeordneter, ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Professor Dr. Görde gehört der Deutschen Volkspartei seit ihrer Gründung an. Sein Austritt aus der Deutschen Volkspartei ist veranlaßt durch das Verhalten ihres Führers, des Herrn Stresemann, auf der Londoner Konferenz und durch das Eintreten der Deutschen Volkspartei für einen solchen Führer.

Schützenbrüder und Schützenfeste.

Man hat sie in den letzten Wochen wieder recht häufig gesehen, die biederen Schützen mit den weißen Hosen, den grünen Röden, den schwarzweißroten Schärpen und dem kompletten Kumpenladen auf der stolzen Mannesbrust. Denn den Schützenvereinen möchte man sehen, der sich durch die „Rot des Vaterlandes“ abhalten ließe, sein Schützenfest zu feiern. War nicht zum Verfassungsfest des „Reichsbanners“ in allen nationalen Zeitungen die heuchlerische Phrasen zu hören, daß jetzt keine Zeit sei, Feste zu feiern? Wenn das Vaterland in Rot sei, so hieß es da, sei es eigentlich eine Schande, Festesfreude zu zeigen. Dasselbe Lied bekommt man ja immer wieder auch zum ersten Mai zu hören. Und doch dauerte die Verfassungs-feier nur einen Tag, der so wie so als Sonntag frei war, und die Verfassungsfeier der Partei fand am Montag nach Feierabend statt. Wie aber sieht es denn mit den Schützenfesten der Schützenbrüder? In dem „Deutschen Wandergewerbe“, dem Jahrgang des Reichs-verbandes ambulanter Gewerbetreibender, kann man von Zeit zu Zeit in Völkchen alle deutschen Schützenfeste angekündigt finden und es ist wirklich nett, feststellen zu können, wie sich in der „Rot des Vaterlandes“ geradezu eine Festwütigkeit der Schützen zeigt. Zunächst einmal in der Mark. In Dahme dauerte das Schützenfest fünf Tage, vom 3. bis 7. Juli, in Cottbus auch fünf Tage, vom 22. bis 26. Juni. Als ganz besonders vergnügungsfüchtig sind kann man Brenzlau, Frankfurt a. d. Oder und Rauen bezeichnen. In Brenz-lau gab es acht Tage lang Schützenfest und neun Tage lang Früh-lingsfest. Die Schützengilde in Frankfurt a. d. Oder kündigte ihr Schützenfest für die Zeit vom 27. Juli bis 11. August an, also nicht weniger als 16 Tage, und der Berliner Barock Rauen hatte vom 8. bis 15. Juni Pfingstschützen und vom 3. bis 10. August Königsschießen, zusammen aus 16 Tage Feiern. Besonders vergnügungsfüchtig ist auch Pommern. Straßburg, Greifswald, Reu-stettin, Grimmen (hier sogar ein Kinder-schützenfest). Anklam, Rörkin an der Persante haben mehr- und vieltägige Schützenfeste. Volks-feste, Schützenfeste, Vogelweifen, Kirmesfeiern werden auch in diesem Jahre durch ganz Deutschland gefeiert. Und gerade die den „natio-nalen“ Parteien angehörenden und sich zuneigenden Volksleute sind es, die in den Schützenvereinen und Schützenbrüderschaften sitzen und nicht daran denken, ihrer Vergnügungslust Fögel anzulegen, weil die Rot des Vaterlandes so groß ist. Und selbst wenn sie schon wollten, ihre besseren Eheschäften würden sie schon auf den Trab bringen, wenn „der Alie“ ihnen die schöne Gelegenheit, die neuesten Kleider zu ze-igen und den Wädeln Gefogenheit zur Verlobung zu geben rauben wollte. Das ist aber nur eine kleine bescheidene Auslese nationaler Vergnügungen und zeigt ganz deutlich, daß die Vergnügungsfüch-tigsten merkwürdigerweise ausgerechnet in den als „national“ und „völkisch“ bekannten Städten zu Hause sein müssen. Wenn also So-zialisten und Republikaner dazu schreiten, sich Feste zu geben, die Ausdruck ihrer Ideale und ihrer Wünsche und Ziele sind, dann haben die anderen zu schweigen. Sonst wird man ihnen noch ganz anders über die ungewaschenen Schnäbel fahren müssen.

Opfer der Eifersucht.

Die verräterische goldene Puderdose.

Die Eifersuchtstragödie in der Bünzelstr. 47 in Bäumenborf, bei der, wie berichtet, der Schlächtermeister Emke durch seinen Freund, den Schlächtermeister Kschowig, erschossen wurde, ist in-zwischen durch die Kriminalpolizei aufgeklärt worden, und es sind eine Anzahl Einzelheiten festgelegt worden. Auch eine andere Eifersuchtstragödie, der die Schneiderin Erna K. in der Buggen-hagenstr. 8 zum Opfer fiel, ist aufgeklärt worden.

Ueber die Eifersuchtstragödie, von der wir bereits berichteten, können wir noch folgende Einzelheiten melden. Die beiden Schläch-termeister Emke und Kschowig waren schon seit 22 Jahren, noch aus der Gefellenzeit her, befreundet. Emke hatte beobachtet, daß Kschowig seiner Frau eine wertvolle goldene Puderdose geschenkt hatte. In diesem Geschenk sah er eine Bestätigung seiner Vermutung, daß zwischen den beiden eine intime Freundschaft bestehe. Ob diese Vermutung richtig oder falsch ist, ist noch zweifelhaft, da die in der Nacht noch vornehmnen Zeugen teils dafür, teils dagegen sprechen. Frau Emke hat nicht einen Oberkenschuß, sondern einen Steckschuß in den Bauch erhalten. Die Kugel ist noch nicht gefunden worden. Emke selbst ist bei seinen Vernehmungen vollkommen ruhig. Er sagt, vor dieselbe Situation noch einmal gestellt, würde er sich nicht einen Augenblick befinnen, ebenso zu handeln. Er hatte längere Zeit vorher seine Frau bereits durch Defektive beobachtet lassen. Emkes sind seit 14 Jahren verheiratet. Aus der Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen. Mitleidungen, die zur Aufklärung irgend-ways dienlich sein können, nimmt Kriminalkommissar Lamthod im Postamtpräsidium entgegen.

Ebenfalls ein Opfer der Eifersucht ist die am Montag, den 25., früh um 2 Uhr, vor dem Hause Buggenhagenstraße 8 aufgefunden Erna K. geworden. Erna Kesch hatte einen ungefähre 5 Zenti-meter tiefen Stich erhalten, der dicht am Herzen vorbeige-gangen war. Sie ist von Beruf Schneiderin und wohnte bei ihren Eltern in der Beuffelstraße. Ins Krankenhaus geschafft, hielt sie mit ihren Aussagen sehr zurück. Kriminalkommissar Goeh vom Polizeiamt Tiergarten ermittelte nun, daß die Schneiderin ein Ver-hältnis mit dem Musiker Otto Lange unterhalte. Dieser spielte in einem Lokal in der Siemenstraße. Hier hatte ihn die K. am Son-nntag besucht. Er und zwei andere Kollegen hatten sich mit mehreren Frauenpersonen eingelassen und mit diesen eine Kneipe durch die verschiedensten Lokale unternommen. Lange hatte Gefallen an einer verheirateten Frau gefunden und vernachlässigte darüber die K. Vor dem Hause Buggenhagenstraße 8 machte sie ihm über sein Benehmen Vorhaltungen. Durch seine rohe Art erschreckt, war die „Augenblinde“ davongelaufen. Die Schuld an diesem Verlust maß Lange seiner Braut zu. In sinnloser Wut zog er sein Messer und brachte ihr den gefährlichen Stich bei. Lange, ein wegen Rohheitsvergehens schon vorbestraf-ter Mensch, wurde festgenommen und jetzt dem Untersuchungs-richter zugeführt.

Bayer-Berta vor dem Strafrichter.

Zu den weiblichen Stammgästen der Berliner Gerichte scheint sich neben Anna Bernick-Rannet, der „Freundin des Großfürsten“, auch Frau Berta de Graat zu entwickeln, die unter dem Namen „Bayer-Berta“ in Berlin belannt und gefürchtet ist. Sie hat das In-teresse weiter Kreise dadurch auf sich gelenkt, daß sie Kriminalbeamte täglich und wörtlich angriff, was so häufig geschah, daß die Gerichte bisher mehrmals Freiheitsstrafen gegen die kampflustige Amazone verhängen mußten. Die hümn vermog allerdings, so wie sie sich gefestern vor Gericht gab, mit ihrer Figur und Stimme Schreder zu erregen. Bällig unbeherrschte Sprache und tolle sie und beschimpfte von neuem die als Zeugen erichenen Beamten. Der Anklage lag ein Vorfall in der Bache des Anhalter Bahnhofs zugrunde, wo die Angeklagte auf den Polizeibetriebsassistenten Liebtmann os-gegangen war und ihn durch Schimpfworte beleidigt hatte. Die Be-amten konnten mit ihr nur fertig werden, indem sie sie in eine Zelle einsperkten. Sie mußte aus dieser jedoch bald herausgebracht wer-den, weil sie großen Arm verursachte. Sie wurde nun zum Polizei-präsidium geschafft und dann ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf ihre Vorstrafen und die Gefährlichkeit ihres Treibens eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Das Gericht erkannte auf drei Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden und entließ die Angeklagte aus der Haft.

Gewerkschaftsbewegung

Stegerwalds Verteidigung.

Die Anklagen Ambuschs gegen Stegerwald haben den großen Allernachmittagsredaktor Adam Stegerwald veranlaßt, in seinem „Deutschen“ vom Freitagabend über 2 1/2 Spalten zu einem Rechtfertigungsvorwurf zu verwenden. „Herr Ambusch“ habe „Gespinnst“ gelehrt.

Der Bestimmungszweck (!) der christlichen Gewerkschaften sei zwar die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse gewesen, das Endziel aber sei

„die organische, gleichberechtigte und gleichwertige Eingliederung der Arbeiter in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft“. Ein großer Teil der deutschen Gewerkschaftsführer habe sich „in den letzten Jahren über die künftigen Betätigungsgrundlagen und -möglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung nicht ausreichend den Kopf zerbrochen“.

Adam Stegerwald hat's genau. Doch hat er dabei den Kopf verloren.

„Früher hatten wir einen gefestigten Staat, eine gesicherte Wirtschaft und eine einrechte Arbeiterschaft; heute haben wir einen zusammengebrochenen Staat, eine ausgehungerte Wirtschaft und eine nicht mehr wie ehemals entrechtete Arbeiterschaft.“

Die frühere Gewerkschaftsbewegung sei in hartem Maße „Kaufkampfbewegung“ gewesen, „die frühere Gewerkschaftspolitik war überwiegend ein Kampf um die Verteilung des Arbeitsertrages“.

„Bedenkt man aber planmäßige Verteilungspolitik betreiben kann, müssen erst feste Grundlagen für die Gütererzeugung da sein. Und diese fehlen solange, als wir uns nicht wieder in einem gefestigten Staat mit einer gesicherten Wirtschaft befinden. Ohne gesicherten Staat keine gesicherte Wirtschaft und ohne gesicherte Wirtschaft dauernd Verteilungspolitik im alten gewerkschaftlichen Stil betreiben zu wollen, kann einer Kapitulationsakte als Verteilungspolitik dienen, nicht aber die Grundlage für eine Gewerkschaftsbewegung abgeben, die nicht als ein englisches, bemitleidenswertes Grüppchen angesehen, sondern für die Aufgaben der Stunde ergriffen werden will. Daher muß sich heute auch die Gewerkschaftsbewegung mit den Fragen beschäftigen: wie schaffen wir wieder einen gefestigten Staat und eine gesicherte Wirtschaft?“

„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist inzwischen Massenbewegung geworden mit größerer Verantwortung von Mitgliedern, Helfern und Vaterland und kann daher nicht mehr wie ehemals überwiegend mit bloßer Verteilungspolitik und mit agitatorischen Schlagworten beschränkt.“

Der ganze Stegerwald, der Schlagworte gebraucht, wo ihm Begriffe fehlen. Ist es „Verteilungspolitik“, wenn die Bergarbeiter bei erträglicher Arbeitszeit einen auskömmlichen Lohn verlangen, damit sie sich mit Frau und Kind ernähren und kleiden können?

Ambusch bemerkte in seinem Geschäftsbericht — nach der uns vorliegenden Fassung —, daß der Gewerksverein der christlichen Bergarbeiter für eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten sei, was sonst kein Berufsstand getan habe. Einer dauernden Verlängerung der Arbeitszeit aber müsse er entgegengetreten. Der Kampf um die Arbeitszeit sei noch nicht beendet. Die Unternehmer benutzten die Zeiten der Geldknappheit, um die Mehrarbeit zu erreichen. Die Verlängerung der Schichtzeiten, die nur bei schwer- und schwerstarbenden durchgesetzt wurde, sei aus gesundheitlichen und sittlich-moralischen Gründen unzulässig.

„Es ist nötig, daß der Bergmann seine Zeit für den sittlichen und kulturellen Aufstieg hat. Er darf nicht Sklave der Wirtschaft sein. Eine menschenwürdige Existenz des Arbeitnehmers muß erkämpft werden. Ein anständiger Lohn für die Bergarbeiter ist unbedingt nötig.“

Die Austragung der Gegensätze mit den Unternehmern auf friedlichem Wege ist angestrebt worden. Man kann aber auf ein ruhiges Zusammenarbeiten in der Betriebszeit nicht zurückblicken. Die Arbeitsgemeinschaft hat während des Ruhrkampfes einen Höhepunkt erreicht. Miskott hat die Arbeitsgemeinschaft damals in Hamm gefeiert. Aber bei schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen haben die Unternehmer gezeigt, daß sie nicht auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehen. In hinterlistiger Weise haben sie die Verlängerung der Arbeitszeit beschlossen.“

Auch der Referent über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Rothhäuser-Essen sprach ein anderes Deutsch als der Stegerwald-Deutsche.

„Noch im März 1923 langten die Unternehmer ein hohes Lied auf die Arbeitsgemeinschaft, um sie durch das Diktat vom 9. Oktober 1923 zu zerstören. Das Arbeitszeitabkommen vom November 1923 mußte der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter ablehnen. Die Löhne im Ruhrbergbau seien am 10. Dezember 1923 und

ab 1. Januar 1924 um 20 Proz. gedrückt worden. Um des ungerügten Lohnes willen und wegen der brutalen Behandlung der Arbeiter sowie wegen des Nichtzustandekommens einer Verständigung über die Lohnerarbeit und den Manteltarif sei es am 1. Mai 1924 zu der großen Aussperrung im Ruhrrevier gekommen. Er verlange als Staats- und Gemeindefürsorge die gleiche Existenzmöglichkeit wie für Angestellte und Beamte des Reichs und der Gemeinden.“

Als Höhepunkt der Tagung wurde das Referat von Ambusch über „Die soziale Reaktion und ihre Folgen“ bezeichnet. Ambusch sagte dabei u. a.:

„Die sozialen Reaktionen führten geschicht die Interessen der Volksgemeinschaft immer für sich ins Feld, so bei der Mehrarbeit, bei der Beseitigung der Tarifverträge mit ihren Mindestlöhnen und bei den Schugbestimmungen. Die Entschädigungslosigkeiten spielten hierbei auch eine große Rolle und haben der unsozialen Welle eine besondere Stärke gegeben. Diese Entwicklung haben viele nicht direkt erkannt und an eine Abwehr nicht gedacht. Das Arbeitsministerium hätte die Pflicht gehabt, sich der sozialen Reaktion entgegenzustellen. Aber gerade diese Stelle hat den unsozialen Strom verstärkt und die Verlängerung der Arbeitszeit betont.“

Die Abwehr der sozialen Reaktion sei daher dringend geboten. Stegerwald will diese Reaktion offenbar solange gelten und gewähren lassen, bis die „ausgehungerte Wirtschaft“ wieder dick und fett geworden ist. Die nicht mehr als ehemals entrechteten Arbeiter müssen mit ihrer „Verteilungspolitik“ solange warten und sich erweilen weiter auszehren lassen.

Die Notwendigkeit der Herausgabe des „Deutschen“ begründet Stegerwald damit, daß keine Partei in Deutschland die Ideenwelt der christlich-nationalen Arbeiterschaft vertritt. Eine Ideenwelt, wie sie sich im Kopfe des „Diplomaten“ Stegerwald malt, der nach oberflächlichen Beobachtungen macht, nach unten aber odwinkt. Soziale Gesinnung dürfe man dem Stegerwald-„Deutschen“ nicht abprechen, aber soziale Gesinnung dürfe nicht mit sozial-agitatorischer Gesinnung gleichgesetzt werden. Was aber die Demokratie anbelange, so müsse dieser Begriff in Deutschland noch oft geklärt werden.

„Ich verstehe unter Demokratie: Besorgsein aller um Volk und Staat.“

Ein Mann mit einem so stark ausgeprägten Allgemeinbesorgsein müßte gänzlich diesem Besorgsein freigegeben werden. Ein Gewerkschaftsführer muß sich mehr auf das Besorgsein um die Arbeitnehmerinteressen beschränken und kann nicht Hans Dampf in allen Gassen spielen wie Adam Stegerwald.

Wahinger-Hofbräu.

Die Firma Wahinger hat bekanntlich vor einigen Tagen einen Anstellten wegen angeblicher Unsauberkeit vom Leipziger Hof zum Hofbräu, Leipziger Straße, versetzt wollen. Da beide Betriebe ziemlich gleichartig, haben wir die Frage aufgeworfen: „ob die unsauberen Angestellten zum Hofbräu versetzt werden?“ Die Firma Wahinger hat hierauf nicht geantwortet. Ihr Stillschweigen begründet den Betrieb Hofbräu und beleidigt die dort beschäftigten Angestellten. Durch die Ausrede, die der Bemängelung ihrer Maßregelung gegen ein Betriebsratsmitglied dienen sollte, das von der Vorteilhaftigkeit der geplanten Betriebsratsentlassung nicht überzeugt war, hat sich die Firma in eine gewisse Verlegenheit gebracht.

Seht die Firma Wahinger die gegen ihre Angestellten eingeschlagenen Wege weiter, dann müßten wir an den nicht geringen Teil ihrer Sache appellieren, die sich aus der Arbeitnehmererschaft zusammenfügt.

Tarifkonflikt in der Damenbranche.

Da die Arbeitgeber der Damenmodebranche in den Werkstätten den Stücklohn einführen wollen, kam es hier zum Konflikt. Da dieses Vorgehen der Arbeitgeber tarifwidrig ist, weigerten sich die Arbeitnehmer, dem nachzukommen. Darauf kündigten die Fabrikanten die Löhne und Arbeitsbedingungen und fordern nun die Zulassung der Stückerarbeit auf den Werkstätten. In der Ferienbezahlung forderten sie ebenfalls Änderungen zu ihren Gunsten.

In der gestrigen Funktionärerversammlung der Damenmodebranche wurde einmütig beschlossen, das Ansuchen der Arbeitgeberorganisationen ganz energisch zurückzuweisen. Die Branchenleitung wurde beauftragt, nicht Verschlechterungen, sondern Verbesserungen im Manteltarif durchzusetzen.

Die Arbeitsdauer in der Handelsmarine.

Wie aus Paris gemeldet wird, begibt sich der französische Unterstaatssekretär für die Handelsmarine Mehrer mit Albert Thomas am 4. September nach London, um dort mit Sidney Webb über eine internationale Abmachung betreffend die Arbeitsdauer in der Handelsmarine zu verhandeln.

Die Arbeitszeit in der Holzindustrie.

Eine Erhebung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die sich über 19 851 Betriebe mit 294 785 Beschäftigten in 862 Verwaltungsteilen des Verbandes erstreckte, ergab: 1334 Betriebe mit 26 204 Beschäftigten waren stillgelegt. In 2688 Betrieben mit 84 785 Beschäftigten wurde verkürzt gearbeitet. Die Arbeitszeit der übrigen 15 829 Betriebe mit 203 796 Beschäftigten zeigt folgende Tabelle:

Arbeitsstunden in der Woche vom 7. bis 12. Juli.

46 bis 48		über 48 bis 51		über 51 bis 54		über 54	
in Betr.	mit Besch.	in Betr.	mit Besch.	in Betr.	mit Besch.	in Betr.	mit Besch.
12801	152790	1227	15442	1468	27733	527	7831
73,7%	75%	7,8%	7,6%	9,3%	13,6%	3,2%	3,8%

Daraus geht hervor, daß gegenwärtig wenig Ueberstunden in der Holzindustrie gemacht werden. Nur ein Viertel der Beschäftigten arbeitet länger als 48 Stunden. Bei einem Teil handelt es sich um regelmäßige Längerarbeit; z. B. in den Fällen, wo Zwangsstarke bestehen, die den Achtstundentag nicht kennen. Wie bekannt, geht das Bestreben der Unternehmer und Schlichtungsbehörden dahin, die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen. Von der regelmäßigen Längerarbeit sind daher in der Hauptsache solche Berufsgruppen betroffen, die 1914 noch recht lange Arbeitszeiten hatten. Das gilt vor allem für die Säger, ferner für die sogenannten Kleindberufe. Für die Tischler, die Hauptgruppe, liegen die Verhältnisse am günstigsten, wie folgende Zusammenstellung zeigt:

Arbeitsstunden in der Woche vom 7. bis 12. Juli.

	Zusammen		46 bis 48		über 46 bis 51		über 51 bis 54		über 54	
	in Betr.	mit Besch.	in Betr.	mit Besch.	in Betr.	mit Besch.	in Betr.	mit Besch.	in Betr.	mit Besch.
Tischler	10000	91121	9485	71208	721	4701	409	3685	201	1581
Säger	1746	85568	880	19841	186	3579	399	8129	175	4023
andere Berufe	3177	77112	2135	51054	820	7102	570	15928	151	2425

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Erhebung den zahlenmäßigen Beweis für die Erfolge des Deutschen Holzarbeiterverbandes in den Arbeitszeitkämpfen liefert. Angesichts der Tatsache, daß die Holzarbeiter den Achtstundentag noch haben, ist es verständlich, wenn die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer Denkschrift über die Arbeitszeitfrage betreibt feststellt, daß in der Holzindustrie die Arbeitszeitregelung noch völlig ungenügend sei. Damit werden sich die Schlichter aber abfinden müssen, denn die Holzarbeiter halten am Achtstundentag fest.

Arbeitszeit-Schiedspruch für Angestellte.

Der staatliche Schlichtungsausschuss in Trier fällt in der Frage der Arbeitszeit der Angestellten einen Schiedspruch, demzufolge der Arbeitgeber nach Einverständnis mit der Angestelltenvertretung die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden erhöhen kann, wenn für diese tägliche Mehrarbeit ein zweihundertneunundneunzigstel des Monatslohens bezahlt wird. Durch Beschluß des Schlichtungsausschusses ist den Bediensteten das Recht auf Ferien zuteil geworden.

Der Leipziger Straßenbahnerstreik.

Als Hauptursache des Streiks, abgesehen von der Ablehnung der Lohnforderungen, wird die fruchtlose Entlassung des kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden Herrmann angegeben. Die Entlassung sei deshalb erfolgt, weil Herrmann im Auftrage des Betriebsrates in voriger Woche eine dreiwöchentliche Protest-Sitzung der Straßenbahner veranstaltete, anlässlich der Beerdigung eines Straßenbahnschaffners, der bei einer Demonstration von einem Polizeibeamten erschossen wurde. Um eine Einigung herbeizuführen, ist für Freitagabend eine dringende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einberufen worden, die sich mit dem Streik und der Maßregelung des Betriebsratsvorsitzenden beschäftigen soll. Auch das sächsische Wirtschaftsministerium hat sich ins Mittel gelegt und bereits gestern nachmittag Verhandlungen in Leipzig angetraut. Eine Einigung ist noch nicht zustande gekommen.

Die polnischen Kohlenbarone.

Zwischen den Vertretern der Kohlenindustriellen und den Delegierten der Arbeiterschaft fand in Dombrowa-Gornica eine Beratung statt. Die Vertreter der Unternehmer erklärten, daß sie von der Forderung der Lohnherabsetzung und der Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau nicht abgehen könnten, wozu die weiteren Verhandlungen abgebrochen wurden. Einige Grubenverwaltungen im Revier von Dombrowa verständigten die Arbeiterschaft, daß die nächste Lohnauszahlung bereits in den herabgesetzten Löhnen erfolgen werde.

Verantwortlich für Politik: Carl Reuter; Wirtschaft: Heinz Göttern; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Göttern; Neuigkeiten: R. A. Fischer; Entlohn und Gehälter: Fritz Reuber; Anzeigen: Th. Gode; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann Reuter G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann Reuter-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Seite 1 Beilage.

Leineweber

Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6

Herbst- und Winterkleidung

reichhaltige Auswahl in allen Abteilungen — äußerst preiswert.

- Herren-Sacco-Anzüge moderne Farben u. Formen, gediegene Stoffe. M. 90,00, 71,00, 68,00 **48,00**
- Blaue Herren-Anzüge relativ neue Qualitäten mod. ein- u. zweireihig. M. 110,00, 90,00, 77,00 **65,00**
- Herren-Ulster Herbst- und Winter-Qualitäten, neue Metallteile moderne Farben M. 95,00, 71,00, 68,00 **48,00**
- Herren-Paletots schwarz und marine Cheviot, mit Sammetkragen, ein- u. zweireihig. M. 95,00, 85,00, 68,00 **65,00**
- Röcke und Westen schwarz u. marine Cheviot. M. 71,00 **65,00**
- Smoking- u. Abend-Anzüge in eleganter Ausführung. M. 140,00, 120,00 **105,00**

- ### Einsegnungs-Anzüge:
- Blauer Cheviot reine Wolle, Dreifache Form M. 44,00 **44,00**
 - Blauer Kammgarn Cheviot in Dreifache Form M. 50,00 **50,00**
 - Marengo-Cheviot M. 59,00 **59,00**
 - Blauer Melton-Cheviot M. 68,00 **68,00**
 - Schwarzer Melton-Cheviot M. 68,00 **68,00**
 - Blauer Twill-Kammgarn M. 80,00 **80,00**
 - Smoking-Anzüge prima Melton M. 85,00 **85,00**

- Sport-Anzüge steifig, tolle Formen in Loden- und Cheviotstoffen M. 85,00, 68,00 **46,00**
- Sport-Anzüge steifig, mit langer u. kurzer Hose M. 90,00, 80,00 **68,00**
- Herren-Gummi- u. Loden-Mäntel ps. Gummierung, guter Strickloden M. 30,00, 27,00 **19,00**
- Dam-Loden- u. Gummi-Mäntel weite, moderne Formen M. 44,00, 34,00 **27,00**
- Damen-Gabardine-Mäntel reine Wolle in verschied. Farben M. 90,00, 68,00 **56,00**
- Herren-Gabardine-Mäntel in Qual. ganz gefüllt, weite Schlüsselform M. 95,00 **85,00**

Herren-Beinkleider 575 aparte Streif in erprobten Qual. M. 48,00, 33,00, 8,00

Jüngerl. Sport-Anzüge ganz gefüllter in Reuechesese 35, 32 **28,00**
Farbige Anzüge u. Ulster neuest. Mod. leistung v. M. **36,00**

Wind-Jacken 1450 für Damen u. Herren, imprägnierte Stoffe, von M.

MODELLHUT-AUSSTELLUNG

Mengenabgabe vorbehalten

Verkauf nur soweit Vorrat

- Damen-Konfektion**
- Unterkleid aus kunstseidenerm Trikot, in verschiedenen Farben 8⁵⁰
 - Jumper aus Kunstseide, in moderner Ausführung 11⁷⁵
 - Blusen aus reinwollenem Flanel, eckig gestreift 14⁵⁰
 - Kleiderrock in einfarbigen und gestreiften Stoffen 7⁹⁰ 9⁷⁵
 - Damen-Kleid aus gutem Wallstoff, modern 19⁷⁵
 - Seidenkleider verschieden, Farbausst. 29⁷⁵ 39⁷⁵
 - Mädchen-Mantel winter, warmhalt. Stoff, Länge 80 cm. Jede weitere Größe 1,00 Mark mehr 9⁷⁵
 - Mädchen-Kleid aus reinwollenem Popeline, Lg. 60 cm. Jede weitere Größe 1,25 Mark mehr 15⁵⁰
 - Knaben-Anzug aus festem halbfarbenem Stoff, für 6 Jahre 12⁵⁰
- Waschstoffe**
- Kleiderbarchent in verschiedenen Mustern ... Meter 1¹⁰
 - Schotten ca. 70 cm breit Meter 1²⁵
 - Bwl. Kleiderstoffe in modernen Streifen, Meter 1⁴⁵
 - Sportflanelle gute Qualität, ca. 80 cm breit Meter 1⁵⁰

- Flotter Filzhut** garniert, in vielen Farben und Formen 4⁹⁰
- Fescher kleiner Hut** aus Sittima-Samt mit breiter Bandgeränder 5⁵⁰
- Kleine Zylinderform** modern, mit Bandgeränder 5⁷⁵
- Lederhüte** in eleganten Formen und Ausführungen aus Kirschleder 15⁵⁰
- Fesche Formen** klein, mit zweifarb. Samtkranz u. Straußf.-Aigretten 10⁵⁰
- Straußfeder-Aigrettes** modern 1²⁰
- Straußfeder-Rosetten** für Hüte und Kleider 3⁵⁰
- Stangenreih** schwarz u. weiß, 30 cm lang, Stiel 35 cm lang 8⁵ 1⁰⁰
- Kronenreih** schwarz und weiß, 20 schällig 3⁹⁵
- Hut-Unterformen** in verschiedenen Mustern 8⁵ 1⁴⁰

- Kleiderstoffe**
- Streifen für Binn- und Kleider, hell und dunkel Fond Meter 1⁴⁵
 - Schotten aparte Stellungen, 105 cm breit, Mtr. 2⁹⁰
 - Kammgarnstreifen reine Wolle, auf hellem Fond Meter 3⁹⁰
 - Kammgarn mit feinen Kadelstreifen, für Kleider und Röcke Meter 5⁹⁰
 - Kostümstoffe reine Wolle, 120 cm breit, moderne Streifen, Meter 8⁹⁰
 - Velours reine Wolle, moderner Kostümstoff, elegante Qualität Meter 9⁵⁰

- Damen-Halbschuhe** zum Bohren, moderne schöne Form 8⁹⁰
- Damen-Halbschuhe** braun und schwarz, mod. Form, gute Verarbeitung 11⁹⁰
- Damen-Halbschuhe** lackiert, schöne Formen, eleg. Ausf. 21⁰⁰
- Herren-Schnürstiefel** schwarz, Rindb., gut. Fabrik, bequeme Form 9⁵⁰
- Herren-Halbschuhe** schwarz, mod. Form, Goodyear-W. 14⁵⁰
- Herren-Halbschuhe** braun, Goodyear-W., mod. spitze Form 16⁵⁰
- Grosse Auswahl von eleg. Neuheiten für Damen u. Herren

- Seidenstoffe**
- Panette für Hüte, in allen mod. Farben, Meter 1⁷⁵
 - Samt für Hüte, vorzügliche Qualität in allen Farben Meter 3²⁵
 - Samt bedruckt, in modernen Mustern Meter 4⁹⁰
 - Damassé für Mantel- und Jackenfutter, doppeltbreit Meter 5⁹⁰
 - Crêpe de chine eleg. schwere Qualität, 100 cm breit Meter 8²⁵
 - Lindener Köpersamt vorbeste Qualität, 70 cm breit Meter 9⁵⁰

Grosse Auswahl in modernen Stoffen wie Rips, Velours, Tuch und allen neuartigen Geweben

H. J. M. A. N. Z.
FRANKFURTER ALLEE 147

Velours du Nord und Samte für elegante Mäntel

Sonder-Tage
in Spitzen und Kurzwaren

Zwirnspitzen und Rins.

- Serie I bis 5 cm br. Mtr. 8 Pf.
- Serie II bis 9 cm br. Mtr. 15 Pf.
- Serie III bis 14 cm br. Mtr. 24 Pf.

Kittspitzen u. Rins.

- Serie I bis 3 cm br. Mtr. 10 Pf.
- Serie II bis 7 cm br. Mtr. 28 Pf.
- Serie III bis 12 cm br. Mtr. 38 Pf.

Valenciennespitz u. Rins.

- Serie I bis 4 cm br. Mtr. 16 Pf.
- Serie II bis 8 cm br. Mtr. 28 Pf.
- Serie III bis 10 cm br. Mtr. 24 Pf.

Für die Schneider!

- Obergarn 1000 Stk. Rolle 6⁵
- Twil in allen Farben 6⁵
- Pilin 50-Meter-Rolle 3⁵
- Bruchstücke 4⁵
- Stoffstücke 7⁵
- Wolle und Baumwolle auf Karten 8⁵
- Wäscheputz 5⁸
- Baumw.-Hand 3⁵
- Grünwand 2⁸
- Reinewaschhand, eleg. reich u. Seidb. garn. Paar 9⁵

Strickwolle
grob, schwarz, lanolinlos
100 Gramm von 78 Pf. ab

Linger & Co.
Chausseestr. 61-62
Ecke Lindenstraße

Große Spitzen-Ausstellung im Hause!

Berlin N

Läuferstoffe • Teppiche
in Velour, Bouclé, Kokos - Diwan-Decken

Linoleum als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche in großer Auswahl

Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen

Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten

G. Bargende, Charlottenburg
Windschildstr. 11 (Ecke Postleinsstraße) Fernsprecher: Wilhelm 2750
Wilmsdortener Str. 79 (Nähe Karlsruheweg) Fernsprecher: Steinplatz 4194

Oppelner Lichtspiele
Oppelner Str. 15
ist das von der Arbeiterschaft des Südostens bevorzugte Kino. Jedes Samstag und Freitag: Programm-Wechsel.
Ab heute: Der Eid des Stefan Haller
12 Akte. — Drama aus dem Jünger- und Frühling. Außerdem 1 Lustspiel.
Eintrittspreis 50 Pf.
Sonntag 2 Uhr nachm. Jugend-Vorstellung - 20 Pf.

Ischias
Hosen

Hosen
jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. München-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Statuen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügenstr. 23 (nahe Gesundbr.)
Blauer Laden - Fahrgeldvergüt.

Trockene Stamm- und Zopf Bretter
in allen Größen.
Kistenbretter, Rüstbretter, Rüststangen usw.
Kurt Ehrlich & Co., G. m. b. H.
Telefon: Norden 6774.

Zähne 1.2 G.-M. Teilzahlung
gestattet d. kl. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 2 G.-M. an. Zahnst. mit Belieb. 1 G.-M., b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Hafvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-
Vorzeiger 10%, Rabatt.

Besonders preiswerte Angebote zur Einsegnung!!!

Schwarze u. farb. Kleiderstoffe	Weiße Kleiderstoffe	Fertige Kleider
Cheviot 105 bis 130 cm br., erprobte Qualit. Mtr. 2.98 2 ⁹⁵	Voll-Voile Schweizer Ware u. Ausrüstung Mtr. 2.28 1 ⁹⁵	Kleid aus reinwollenem schwarzen Cheviot 7 ⁹⁰
Popeline 105 cm br., riesige Auswahl . . . Mtr. 2.90 4 ⁹⁰	Voile-Volants in entlockender Ausführung Mtr. 2 ⁹⁵	Kleid aus reinwollenem Cheviot, schwarz u. farbig 8 ⁷⁵
Crêpe Marocain einfarbig, schwere Qualit., Mtr. 6 ⁵⁰	Cheviot für Kostüme, 180 cm breit Mtr. 4 ⁵⁰	Kleid aus Gabardine in schönen Farben 14 ⁷⁵
Kollenne Wolle mit Seide, 100 cm breit. Mtr. 7 ⁵⁰	Gabardine 180 cm breit Mtr. 7 ⁵⁰	Kleid aus Cord-Sammet, eleg. Schlieffengarnierung 23 ⁵⁰
Gabardine pa. Qual., 120 cm br., Mtr. 19.50 7 ⁹⁰		Kleid aus gut. Körper-Sammet, reiche Tressengarn. 29 ⁵⁰
		Kleid aus pa. Körper-Sammet, sehr eleg. Ausführung 38 ⁰⁰
Einsegnungs-Anzüge	Spangenschuh R. Chevreau, mit zwei Riemen Größe 36/40 7 ⁴⁵	Oberhemd mit Pikee-Einsatz, mit Manschetten . . . 7.80 6 ⁹⁰
ein- und zweireihig, Größe 9 24 ⁵⁰	Spangenschuh R. Chevreau, mit Schliebeschalle, spitze Form Größe 35/40 8 ⁹⁰	Serviteurs Pikee, weich und stoff 1.25 0 ⁹⁰
ein- und zweireihig, Größe 38 29 ⁵⁰	Backfischstiefel pa. R. Chevreau, mit Lackkappe Größe 36/38 10 ⁹⁰	Stehumlegekragen u. Eckenkragen 0.85 0 ⁶⁵
prima Verarbeitung, Größe 9-12 37 ⁵⁰	Knabenstiefel Rhinob., gute Lederfassung Größe 36-39 10.90 8.90 7 ⁹⁰	Weiche Kragen Pikee 0.45 0 ³⁸
gute Qualitäten, pr. Zutat., Gr. 36-43 43 ⁹⁰		Gummi-Hosensträger mit Lederriemen 1.60 1 ²⁵
Herren-Twill-Ware, Größe 9-12 48 ⁹⁰		

Großer Extra-Verkauf in Emaille ♦ Besonders günstiger Einkauf ♦ Verkauf im Lichthof

H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51/55

Wichtig von 1 bis 3 1/2 Uhr geschlossen!